

N O T I Z E N

aus der 43. Sitzung des Bundesrates vom 26. Juni 1967

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Bonvin
Abwesend: niemand
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: Hr. Spühler (dienstlich)
Beginn: 10 Uhr Schluss: 11 Uhr 20

Vorbringen des Vorstehers des EVDErklärung des Bundesrates zur Integrationsfrage im Zusammenhang mit der Beantwortung der Interpellation Weber über die Kennedy-Runde

Herr Schaffner führt aus, trotzdem die britische Initiative auf schlechten Boden falle, wolle auch die Norwegische Regierung einen spektakulären Schritt tun und das Gesuch um Aufnahme von Verhandlungen stellen. Das hat Rückwirkungen auf Schweden, wo das Integrationsproblem eine innenpolitische Angelegenheit wurde. Es muss zugunsten der nordischen Einheit eine Erklärung abgeben, obwohl Herr Erlander den Standpunkt der Schweiz teilt. Er kann aber nicht zurückstehen, wenn Norwegen etwas unternimmt. Wenn diese Schritte erfolgen, werde es wieder heissen, die Schweiz sei isoliert. Herr Schaffner habe am Samstag eine Aussprache gehabt mit der "Historischen ^{Standort} ~~Standpunkt~~ Gruppe". Diese teilt die bisherige Haltung des Bundesrates. In diesem Zeitpunkt ist nun die Interpellation Weber zu beantworten. Man dürfe nicht warten, bis Norwegen und nach ihm das neutrale Schweden diesen Schritt tut. Die letzte gute Gelegenheit zu erklären, wie die Sache für uns aussieht, ergibt sich bei Behandlung der Interpellation Weber. Man müsse vermeiden, dass der Eindruck entsteht, man schliesse sich der Aktion der Briten an. Jedes Wort, das De Gaulle in dieser Angelegenheit ausgesprochen hat, sei wohl überlegt. Er hat zum ersten Mal einen Unterschied gemacht zwischen den Anglosaxen und ^{den erfolgreichsten im Norden und den konservativen Ausschleichenstaaten.} ~~den Nordstaaten.~~ In der ganzen Kennedy-Runde haben die Franzosen den schweizerischen Standpunkt ^{geteilt.} ~~vertreten.~~ Sie haben unser Verhalten für vernünftig erklärt und haben es auch honoriert. Diese gute Stimme sollte man nicht zerstören, was der Fall wäre, wenn man uns als Satellit der Anglosaxen betrachten würde. Die Erklärung, die wir abgeben, soll gleichzeitig eine Erklärung für Brüssel sein. Man werde ^{vielleicht} alle Chefredaktoren unserer Zeitungen kommen lassen ^{müssen, um ihnen zu} ~~und ihnen~~ erklären, ^{Reiches} ~~das sei~~ die schweizerische Haltung. ^{Sei} Der Sprechende glaube, dass aus dem englischen Gesuch ^{in diesem Anlauf viel} ~~nicht~~ werde. Wir stellen uns auf den Standpunkt, dass wir die Trennung in zwei Blöcke nicht als Faktum hinnehmen. Herr Ray hat in seinem Dankbrief geschrieben, die Schweiz stehe nicht an letzter Stelle. Der Sprechende hat sich mit Herrn Spühler verständigt. Unser Botschafter wird das auch notifizieren. Die Antwort ist gleichlautend mit der Antwort auf die Interpellationen



Eisenring und Duft. Damit haben alle Parteien der Aussenwirtschaftspolitik zugestimmt.

Die Antwort auf die Interpellation Weber ist auf morgen angesetzt.

Herr von Moos bemerkt, es sei nicht sicher, dass wir durch diese Erklärung vom Drucke der Presse befreit werden. Trotzdem teile er die Auffassung, dass die Erklärung am besten auf diese Art und Weise erfolge. Man habe seinerzeit eine Verhandlungsgrundlage eingereicht zur Kontaktnahme. Im zweiten Schriftstück habe man auch den Föderalismus und die direkte Demokratie erwähnt. Er frage sich, ob man das nicht in der heutigen Erklärung wieder tun sollte.

Weiter frage er sich, ob der Schlusssatz nicht provozierend wirke in dem Sinne, dass man annehme, die Schweiz wolle ja isoliert sein. Es scheine ihm auch fraglich, ob wir immer unsere besondern Dienste erwähnen sollten. Der letzte Satz sollte nochmals geprüft werden.

Herr Tschudi wünscht, dass man statt "Gesamtbundesrat", nur "Bundesrat" sagt.

Herr Gnägi bemerkt, dass auch seine Partei dieser Erklärung zustimmen werde. Die Entwicklung im Norden beschäftige ihn sehr. Grundsätzlich stimme er zu. Es ist gut, dass wir Gelegenheit haben, unsern Standpunkt darzustellen. Es scheine ihm, dass im letzten Satz ein Widerspruch besteht zur Feststellung, dass das Verhandlungsgesuch noch gelte.

Herr Schaffner ist dankbar, dass der Rat den Entwurf der Erklärung entgegennimmt. Zur Frage, ob man hier etwas weniger sage als vorher, möchte er bemerken, dass man die erste Erklärung nicht nochmals in voller Form wiederholen wolle. Am Dokument von Herrn a. Bundesrat Wahlen, das von den Räten angenommen wurde, möchte man möglichst wenig ändern.

Zum Abschluss stellt Herr Schaffner fest, dass Frankreich die Hegemonie wolle. Die kleinen Staaten blockieren den Weg der Einheitsbestrebungen, während die ökonomische Erweiterung durch Frankreich blockiert wird. Man müsse feststellen, dass es heute nur die Supermächte und die Kleinstaaten gebe. Es wäre deshalb inoportun, hier schweizerische Ratschläge zu erteilen, obwohl es bei uns immer Leute gibt, die das machen. Man höre aber nicht auf uns. Unsere jungen Leute operieren damit, dass wir den Föderalismus einbringen. Das wollen aber wie gesagt die Franzosen nicht, sie wollen die Hegemonie. Aus allen diesen Gründen sollte man die Staatspolitik nicht in den Bereich unserer Ueberlegungen einbeziehen. Es genügt, wenn man erklärt, dass wir für die politische Einigung Verständnis haben.

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass damit die Diskussion über das Problem abgeschlossen sei.

Herr Schaffner verlässt die Sitzung, um das Ergebnis der Beratungen in einem neuen Vorschlag für den Schluss der Erklärung zusammenzufassen. - Er legt dem Rate diesen Text vor und nach längerer Diskussion einigt man sich dahin, den zweiten Satz auf dieser Seite wie folgt zu lassen: "Sie verfolgt jedoch diese Bestrebungen mit grösster Aufmerksamkeit und unter Aufrechter-

haltung des nötigen Bereitschaftsgrades, damit sie dann endgültig Stellung nehmen kann, wenn die allgemeine Entwicklung dies ermöglicht und die Verhältnisse nach ihrer eigenen Beurteilung klarer überblickbar geworden sind.

Der letzte Satz soll etwas vom Pathos entlastet werden und soll wie folgt lauten: "... würde die Einigungsbestrebungen anderer Länder nicht behindern, sondern es ihr auch in Zukunft ermöglichen, Europa und der Völkergemeinschaft ihre Dienste zu leisten".

Schriftliche Anträge

Bundeskanzlei

Akkreditierung des "BLICK"-Redaktors

(Dieses Geschäft wird in Abwesenheit von Herrn Schaffner behandelt).

Der Herr Bundeskanzler wirft zunächst die Frage auf, wie man sich zu verhalten habe, wenn der BLICK nicht La Roche schicke, sondern Gränicher?

Herr von Moos stellt fest, dass Gränicher schon akkreditiert sei. Er frage sich, ob nicht der Brief vom Bundeskanzler geschrieben werden sollte, damit man dagegen an den Bundesrat rekurieren kann. Wenn der Bundesrat heute schon antworte, werde der BLICK sagen, er habe nicht einmal Gelegenheit gehabt zu rekurieren. Der Sprechende würde den Brief noch etwas kürzer fassen.

Herr Tschudi möchte zuerst die Grundsatzfrage entscheiden. Am Samstag sei in der Presse eine Mitteilung erschienen. Der Vorstand der Bundeshausjournalisten habe in einem Schreiben erklärt, dass er gegen eine Akkreditierung des La Roche nichts einwende. Der Bundesrat werde also allein dastehen und von der ganzen Presse angegriffen. Zeitungen wie der BLICK tauchen in allen westlichen Ländern auf. Ringier will im Herbst einen weiteren BLICK herausgeben. Auch der Tagesanzeiger will mit einem solchen Blatt kommen.

Herr Ghägi findet ebenfalls, dass die Bundeskanzlei antworten sollte. Materiell hätte er lieber eine bedingte Zulassung gesehen.

Bei der Akkreditierung handle es sich nicht um den BLICK, sondern um den Journalisten La Roche. Der Sprechende sehe keinen Unterschied, ob man Gränicher akkreditiere oder La Roche.

Herr Celio bemerkt, er sei das letzte Mal unter dem Eindruck Swetlana gestanden. Diese unwürdige Schreibweise habe ihn veranlasst, ein scharfes Vorgehen zu verlangen. Man akkreditiere den La Roche und nicht den BLICK. Das Schlimme im Blick seien die Titel. Es werde behauptet, dass die Redaktion diese Titel mache. Der Sprechende würde den Instanzenzug spielen lassen. Man könnte La Roche zulassen. Sollte man dann keine Besserung feststellen können, so würde das den Bundesrat wegen Verletzung des Vertrauens zu einer Aenderung seiner Haltung zwingen.

Der Rat gelangt zunächst dazu, dass die Bundeskanzlei den Entscheid fällen sollte. Die Akkreditierung wäre nur bedingt zu erteilen.

Herr Celio stellt fest, dass man die Bewilligung nicht zeitlich limitieren könne. Man könne lediglich erklären, wenn es Schwierigkeiten geben sollte, würde der Bundesrat auf seinen Entscheid zurückkommen.

Herr von Moos erklärt, dass er sich einer solchen Lösung nicht anschliessen könne.

Der Herr Bundeskanzler teilt mit, dass BLICK angefragt habe, ob er sein Blatt im Parlament austeilten dürfe. Was die Akkreditierung betreffe, so werde diese von der Zeitung verlangt für einen bestimmten Journalisten.

Herr Celio kann die Akkreditierung nicht mit der Verteilung der Zeitung in Einklang bringen.

Herr von Moos fragt, ob die BK nicht erklären könnte, dass man den Journalisten La Roche akkreditiere, dass aber die Haltung gegenüber dem BLICK nicht geändert werde.

Herr Gnägi versteht die Haltung von Herrn von Moos. Dann müsse aber der Bundesrat die Verantwortung übernehmen. Wenn die BK die Akkreditierung erteilt, dann kommt der Bundesrat überhaupt nicht zum Zuge. Deshalb müsste auch die BK erklären, dass sie auf ihre Entscheidung zurückkomme, wenn die Erwartungen nicht erfüllt werden.

Das Volksbegehren gegen die Ueberfremdung und die Aussprache über die Einbürgerung Henkel von Donnersmark

werden verschoben.

Sollte Herr Schaffner wegen des Besuches von Herrn Rey am Freitag abwesend sein, so würde das Volksbegehren in einer Extrasitzung am Donnerstag um 10 Uhr behandelt.

U m f r a g e

Hr. T s c h u d i

Bureaux für die Fraktionspräsidenten

Herr Tschudi teilt mit, dass er mit den Fraktionspräsidenten einen Augenschein für die Vorschläge der Baudirektion vorgenommen habe. Er habe ihnen die Oertlichkeiten gezeigt und sie orientiert, dass der Umbau eine halbe Million kosten werde. Die Angelegenheit soll noch in den Fraktionen besprochen werden.

Beratung der Expertenkommission zur Entlastung des Bundesrates

Herr Tschudi teilt mit, dass Herr Dietschi über die Arbeiten der Expertenkommission berichten wollte. Seine Ausführungen hätten kein grosses Echo gefunden. Die Kommission Hongler hätte gerne gewusst, wie sich der Bundesrat zu ihren Vorschlägen stellt. Der Bundesrat sollte deshalb am nächsten Freitag eine Aussprache über diesen Bericht durchführen.

- 5 -

Präsidialvorbringen

Diskussion über die Frage der Tunnelgebühren

Der Herr Bundespräsident möchte diese Angelegenheit mit den Herrn Tschudi, Celio und Gnägi besprechen.

Ferienliste

Der Herr Bundespräsident macht darauf aufmerksam, dass die Ferienliste bis Freitag abgegeben werden sollte.

* * *